



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/120 - 26.5.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Um das deutsche Vermögen in den USA	S. 1
Labour Party und der Bevanismus	S. 3
Die kulturpolitische Lage in Hessen	S. 5
Von Knoeringens Antwort an die CSU	S. 8

## Wieder Verzicht auf deutsches Eigentum

Von Dr. Gerhard Lützens, MdB

Der deutsche Bundestag hat am Mittwoch dieser Woche den alten deutsch-amerikanischen Handels- und Freundschaftsvertrag wieder bestätigt. Die Sozialdemokratie hat dazu ihre Zustimmung gegeben, weil sie glaubt, daß das den nachbarlichen Beziehungen zu der großen Republik jenseits des Atlantiks förderlich sein wird. Darüber aber gab es zwischen den Fraktionen keinen Streit. Die Auseinandersetzungen gingen um eine Erklärung des Bundeskanzlers vom 3. Juni 1953, die feststellt, daß die Bundesrepublik nicht unter Bezugnahme auf Artikel 1, Absatz 4 des Vertrages das deutsche Eigentum - auch Privateigentum - zurückfordern wird, das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt wurde.

Dieser Artikel 1, Absatz 4 des nun bestätigten Freundschaftsvertrages aber lautet:

"Die Staatsangehörigen sollen Schutz und Sicherheit für Person und Eigentum durchaus erhalten und sollen in dem Umfang Schutz genießen, wie es das Völkerrecht vorschreibt. Ihr Eigentum soll ihnen nicht ohne ordentliches Rechtsverfahren und nicht ohne angemessene Entschädigung genommen werden".

Wenn der Bundeskanzler jetzt in seiner Erklärung ausdrücklich bestätigt, daß die Bundesrepublik sich nicht auf diesen Artikel des bestätigten Freundschaftsvertrages berufen wird, wenn es darum geht, das in den Vereinigten Staaten unrechtmäßig und gegen jedes Völkerrecht beschlagnahmte deutsche Eigentum wieder-

zuerlangen, dann kommt das einer Preisgabe des deutschen Eigentums in den USA gleich.

Staatssekretär Hallstein hat sich auch am Mittwoch wieder vergeblich bemüht, darzulegen, daß die Bundesregierung damit keinen Verzicht ausspricht. Er betonte den nur deklamatorischen Wert der Erklärung des Bundeskanzlers, die dieser nur abgegeben habe, weil es die Amerikaner wünschten, um im Kongreß keine Schwierigkeiten zu haben. Diese Erklärungen des Staatssekretärs gingen aber an den Tatsachen vorbei. Hätte die Erklärung nur deklamatorischen Wert, selbst dann wäre sie zu verwerfen, denn es kann nicht deutsche Aufgabe sein, schwere Verstöße gegen das internationale und Völkerrecht zu sanktionieren. Ist die Erklärung hingegen ein Anhang zum Vertrag, dann bedürfte er der Zustimmung des deutschen Bundestages, denn zu solchen Erklärungen ist nur der Bundespräsident nach Zustimmung des Parlaments befugt, nicht aber der Bundeskanzler in Form einer "Allerhöchsten Kabinettsordre".

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat versucht, Klarheit zu schaffen, indem sie eine EntschlieÙung einbrachte, in der festgestellt werden sollte, daß die Erklärung des Bundeskanzlers vom 3. Juni 1953 nicht Bestandteil des bestätigten amerikanisch-deutschen Freundschafts- und Handelsvertrages ist. Diese EntschlieÙung wurde mit Mehrheit abgelehnt. Es waren nur wenige Abgeordnete der FDP, die mit der SPD stimmten, der größere Teil der anwesenden FDP-Abgeordneten stimmte dagegen und ein noch größerer Teil der Fraktion zog es vor, bei der Abstimmung nicht anwesend zu sein.

Die SPD ist vom Ausgang dieser Abstimmung außerordentlich enttäuscht, denn sie konnte hoffen, daß sie von Parteien, die den Schutz des Privateigentums sozusagen auf ihre Fahnen geschrieben haben, die nicht genug tun können, um die Förderung des Eigentumsgedankens zu propagieren und deren Bundeskanzler in der Regierungserklärung sich offiziell zum Recht auf Privateigentum bekannt hat, Unterstützung erhalten hätte. Die Regierungsparteien in ihrer Gesamtheit haben bei dieser Abstimmung jedoch ihre "heiligsten Güter" verleugnet.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß durch diese Abstimmung der Rechtsgedanke und das Prinzip des Rechtes auf Privateigentum schwer geschädigt wurde. Leider ist dadurch aber auch die Bestätigung des deutsch-amerikanischen Freundschaftsvertrages vorbelastet worden, in einer Weise, die die deutsche Sozialdemokratie nicht gewünscht hat, und die die Regierungsparteien zu verantworten haben.

Deutsche Aufrüstung auch ohne EVG ?

F.S. - London

Die Überraschend hohen Gewinne der Labour Party während der Kommunalwahlen lassen zwei Folgerungen zu. Da die Mandatszunahme auf Kosten der Konservativen ging, ist die Annahme berechtigt, daß vor allem die innerpolitischen Maßnahmen der Regierungspartei keinen Wiederhall in der Bevölkerung finden. Man gelangt ferner zu der Auffassung, daß sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Labour Party auf die Wählerschaft kaum auswirken. Die große Hoffnung der konservativen und liberalen Parteileitungen auf eine Spaltung der Labour Party und einen damit verbundenen Zuwachs für die eigenen Reihen hat sich ebenfalls als falsch erwiesen, obwohl die Kämpfe innerhalb der Arbeiterpartei vor und während der Wahlen einen Höhepunkt erreicht hatten. Die Krise entstand, nachdem Vorstand und Unterhausfraktion von Labour die deutsche Wiederbewaffnung und die Politik der Regierung im Zusammenhang mit der Einrichtung einer asiatischen NATO befürworteten. Nach diesen Entscheidungen verließ Bevan den Fraktionsvorstand. Dieser Schritt und ein viel zitiertes scharfer Aufsatz Morrisons gegen Bevan ließen die Krise akut werden.

Während der vorigen Woche traten Parteivorstand und Fraktion zusammen, um die Differenzen zu besprechen. Es wäre falsch, zu behaupten, daß sie beigelegt wären. Der temperamentvolle, nicht immer "parlamentarische" frühere Bergarbeiter Bevan stand dem kühlen Juristen Attlee gegenüber, von dem seine Freunde behaupten, daß er während seiner langen politischen Laufbahn niemals einen taktischen Fehler beging. Er war viel zu vorsichtig, die unpopuläre politische Haltung der Majorität innerhalb des Parteivorstandes und der Fraktion in den Mittelpunkt der Aussprachen zu stellen. Er lenkte die Diskussion vielmehr auf eine mehr organisatorische Lösung zu, die besagt, daß "Mehrheitsbeschlüsse für die einzelnen Mitglieder der Exekutive bindend sind, wenn nicht die Exekutive selbst anders entscheidet". Der Fraktionsbeschluss war nicht so weitgehend, sondern bestätigte lediglich die schon im November 1952 gefasste EntschlieÙung, nach der es den Fraktionsmitgliedern untersagt ist, persönliche Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit zu führen.

Diese Beschlüsse werden sich unmittelbar auf die Behandlung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik auswirken. Gegen die Aufrüstung haben nicht nur eine Anzahl von Gewerkschaften, unter ihnen befindet sich die zweitstärkste, der Metallarbeiterverband, maßgebliche Parteikörperschaften und andere Zweige der Arbeiterbewegung, wie zum Beispiel die Konsumgenossenschaften, auf ihren Konferenzen gestimmt; diesen ablehnenden Standpunkt vertreten auch viele Abgeordnete der Fraktion und der Parteileitung, die keineswegs mit der Bevan-Gruppe in Verbindung zu bringen sind, wie die früheren Minister im Labour-Kabinett Dalton, Robens und Strohoy, der öffentlich feststellte, daß 75 bis 80 Prozent der gesamten Bevölkerung gegen eine deutsche Wiederbewaffnung sei. Wenn nun die Beschlüsse der Parteileitung auch für den Komplex der deutschen Aufrüstung angewendet werden (hierüber wird in der nächsten Exekutivsitzenng verhandelt), dann sind dadurch Ventile geschlossen, die sich erst während des Parteitages öffnen könnten.

Vor ihrer Sitzung hat die Parteileitung ihre Entschliesung wiederholt, die schon vor einigen Wochen innerhalb der Fraktion eine Mehrheit von nur zwei Stimmen fand, und in der festgestellt wurde, daß nach der Berliner Konferenz alle Voraussetzungen für die Aufrüstung der Bundesrepublik gegeben seien, vorausgesetzt, daß diese im Rahmen der EVG erfolge. Aus dieser plötzlichen und ohne Begründung erfolgten Wiederholung der bereits bekannten Stellungnahme zogen der "Manchester Guardian" und nach ihm eine Anzahl deutscher Tageszeitungen die Folgerung, daß die Einflechtung der EVG als Vorbedingung zur Wiederbewaffnung lediglich ein Schachzug der Exekutive sei, der ihr in Anbetracht der großen Opposition einen Rückzug ohne Prestigeverlust gestatten würde, da die Europäische Verteidigungsgemeinschaft doch nicht zustande käme.

Von maßgeblichen Stellen der Labour Party war zu erfahren, daß diese Interpretation völlig aus der Luft gegriffen ist. Zweifellos besteht über die Errichtung der EVG Unsicherheit. Und im Hinblick auf die Verhandlungen Edens in Genf spielt sie nur noch eine untergeordnete Rolle. Käme sie nicht zustande, wäre für diejenigen Kreise der Labour Party, die für die Aufrüstung eintreten, also noch nicht die Veranlassung gegeben, den Standpunkt zu wechseln, zumal die Aufrüstung der Bundesrepublik in einem anderen Rahmen erfolgen könnte, der das europäische Gleichgewicht weniger stört. Ein solcher Plan wird noch weit stärker in konservativen Kreisen vertreten.

### In Hessen fehlten 5000 Klassenräume

#### Stolze Aurbauleistung des hessischen Kultus-Ministeriums

Der hessische Kultusminister, Arno Hennig, hatte die Freundlichkeit, unseren K.H.-Mitarbeiter ein Interview über aktuelle kulturpolitische Fragen des Landes Hessen zu gewähren.

Frage: Wie alle Länder der Bundesrepublik ist auch Hessen durch Kriegszerstörungen schwer heimgesucht worden, was sich sicherlich praktisch auch auf das Fehlen von Schulen auswirkt. Könnten Sie, Herr Minister, einige Zahlen nennen?

Antwort: Im Jahre 1945 fehlten uns rund 5000 Klassenräume. Bei dieser Zahl sind die Fachklassen und Sonderräume nicht mitgerechnet. Die Technische Hochschule in Darmstadt zum Beispiel war zu 65 Prozent zerstört, die Universität Frankfurt/Main sogar zu 66 Prozent. Von vier Millionen Bänden der wissenschaftlichen Bibliotheken waren zwei Millionen vernichtet.

Frage: Wie wirkte sich auf das Schulwesen der Zustrom der Masse der Flüchtlinge aus?

Antwort: Durch den Zustrom der Heimatvertriebenen nach dem Zusammenbruch stieg allein die Zahl der Volksschüler bis zum Jahre 1949 um 87.200 oder 17,8 Prozent. Im Jahre 1948 waren von 58000 höheren Schülern 15000 Heimatvertriebene, 1953 von 83000 noch 17000.

Frage: Wenn es selbstverständlich auch in Hessen noch nicht möglich war, alle brennenden kulturpolitischen Fragen zur Zufriedenheit zu lösen, so darf man aber doch wohl behaupten, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiete hier sehr viel geleistet wurde. Wie ist es eigentlich gelungen in verhältnismäßig kurzer Zeit eine gewisse Ordnung auf dem kulturpolitischen Sektor zu erreichen?

Antwort: Im Bereich der Kulturpolitik hat Hessen die Chance, den Zusammenbruch nicht restaurativ, sondern mit neuen Formen zu überwinden, nicht wie auf manchen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens versäumt, sondern reichlich genützt. Während die Konstituierung der seit altersher in Hessen bestehenden Gemeinschaftsschule und vor mancherlei Hemmnissen im Schulwesen bewahrte, brachte die Proklamierung der Unterrichtsgeldfreiheit von der Volksschule bis zur Universität, der Lernmittelfreiheit, des nur durch Eignung zu regelnden Zugangs zur weiterführenden Schule, der akademischen Selbstverwaltung und der Rechte der Eltern, die Gestaltung des Unterrichtswesens mitzubestimmen,

gewaltige neue Aufgaben für die Staatsführung. Diese Verfassungsbestimmungen können als Meilensteine des kulturellen Fortschrittes angesehen werden. Dank aller in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen war es möglich, das Erbe des totalen Zusammenbruchs erfolgreich zu liquidieren und außerdem noch die neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Frage: Statistiken sind zwar für Leser meistens langweilig, trotzdem aber würde ich Sie bitten, mir einige Zahlen zu nennen, aus denen die Anstrengungen der Landesregierung für den kulturellen Wiederaufbau ersichtlich sind.

Antwort: Die Gesamtausgaben des Kulturhaushaltes betragen in Jahre 1946 86,5 Millionen, 1950 143,6 Millionen, 1953 188,2 Millionen und sie werden 1954 275,5 Millionen betragen. Allein die Durchführung der Unterrichtsgeldfreiheit kostete Hessen im Jahre 1953 18 Millionen M. Für die Durchführung der Lernmittelfreiheit werden jährlich 5 Millionen M aufgewendet. Allein in der Zeit von 1949 bis 1953 wurden für Lernmittel insgesamt über 20 Millionen M ausgegeben. Für den Bau von Volksschulen zahlte das Land Hessen 55,3 Millionen Zuschüsse zu einer Eigenleistung der Gemeinden und Kreise von über 100 Millionen.

Für Neubauten von höheren Schulen stellte das Land 8,4 Millionen unmittelbar zur Verfügung und unterstützte die Gemeinden bei ihren Bauvorhaben mit weiteren 8 Millionen aus dem Aufbaustock. Zwanzig neue Kreisberufsschulen wurden mit einem Zuschuß von 5,8 Millionen gebaut, dazu wurden weitere 17 Berufsschulneubauten von den größeren Städten erstellt. Den Wiederaufbau der Hochschulen flossen 40 Millionen zu, während für den noch ausstehenden Wiederaufbau der zwei Staatstheater 14 Millionen vorgesehen sind. Den Kirchen des Landes wurden 1,4 Millionen zur Beseitigung von Kriegsschäden zur Verfügung gestellt.

Frage: Nach wie vor darf das Problem der Überfüllung der einzelnen Schulklassen als sehr brennend bezeichnet werden. Was wird seitens der Landesregierung in dieser Richtung unternommen?

Antwort: Der Zustand, wie er gegenwärtig ist, kann natürlich noch nicht als befriedigend gelten, aber es erscheint bei allen diesbezüglichen berechtigten Klagen auch notwendig, sich zu vergewissern, was bisher geleistet wurde. Im Jahre 1948 unterrichteten in den hessischen Volksschulen 9.800 Lehrer in 6.600 Klassenräumen; 1953 waren es 12.400 Lehrer in 9.700 Klassenräumen. Da die Schülerzahl im Jahre 1949 mit 557.000 einen Höchststand erreicht hatte, sie ist im Jahre 1953 auf

493000 gesunken, war es möglich, die Durchschnittszahl der Schüler pro Lehrer von 57 auf 40 zu senken, ohne daß in großen Umfange zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden brauchten.

Frage: Wie bemüht man sich in Hessen, das Problem des Lehrernachwuchses zu lösen? Die Klage, daß die Lehrer schlecht bezahlt werden, dürfte nicht ganz unberechtigt sein.

Antwort: Die hessische Regierung ist durchaus auch der Auffassung, daß die beste Organisation und beste Regelung im Schulwesen nichts nützt, wenn nicht die besten und die bestbezahltesten Lehrer zur Verfügung stehen. Dieser Forderung ist man mit dem vor kurzen verabschiedeten 7. Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes im Rahmen des im Augenblick äußerst Möglichen gerecht geworden. Unsere Sorge gilt jetzt der Ausbildung der Lehrer und der Hebung des Ansehens des Lehrerstandes in der Öffentlichkeit ganz allgemein.

Frage: Was unternahm die hessische Regierung praktisch für die Förderung des Nachwuchses bei den Lehrern?

Antwort: Die Ausbildung der Lehrer ist in Hessen zwei pädagogischen Instituten und einem berufspädagogischen Institut übertragen. Hier werden in sechsemestrigem Studium die Lehrkräfte für die Volks-, Mittel- und Berufsschulen herangebildet. Im vorigen Jahr ist außerdem in Verbindung mit der Justus Liebig-Hochschule in Gießen ein landwirtschaftspädagogisches Institut errichtet worden und in diesem Jahre wird bei der Universität Marburg eine Ausbildungsstelle für die Sonderschullehrer geschaffen werden.

Frage: Herr Minister, Sie sind doch noch nicht lange in Hessen. Gestatten Sie mir deshalb abschließend die Frage, ob Sie sich hier schon einigermaßen eingelebt haben?

Antwort: Diese Frage kann ich ohne weiteres bejahen. Ich betrachte Hessen nicht nur geographisch als das Herz Westdeutschlands, sondern bin der Überzeugung, daß es auch die fortschrittlichen geistigen Kräfte in seiner Bevölkerung und seinen Staat birgt, die notwendig sind, dieses Herz zu beselen. Sie werden deshalb verstehen, daß mir und meinen Mitarbeitern diese Arbeit hier in Hessen trotz vieler Schwierigkeiten lieb geworden ist.

+ + +

### Die CDU in der Defensive

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Daß in Bayern die SPD-CSU-BHE-Regierungskoalition gute Arbeit geleistet hat, bereitet manchen Politiker schlaflose Stunden. Erstaunlicherweise wird weniger in den Reihen der eigentlichen Opposition, bei der Bayernpartei und der FDP, Kritik geübt als vielmehr in jener Partei, den den Ministerpräsidenten stellt, nämlich in der CSU. Die Kreise um Dr. Hundhammer können es nicht verwinden, daß die SPD-Regierungspartei wurde, daß sie als solche viele Erfolge zu verzeichnen hat und keineswegs gesonnen ist, sich jemals wieder von den Regierungsgeschäften ausschalten zu lassen.

Zu den Unkenrufern, die seit dreieinhalb Jahren in bestimmten Zeitabständen ein Auseinanderbrechen der Koalition prophezeit, gesellte sich vor kurzem auch der "Ochsensepp", wieder einmal aus der Versenkung auftauchend, in die er, einst Bayerns Justizminister, sang- und klanglos verschwunden ist. Die herannahenden Landtagswahlen nun scheinen vollends in jenen Kreisen der CSU, die sich durch Verständnislosigkeit gegenüber sozialen Fragen auszeichnen, eine wahre Panikstimmung ausgelöst zu haben. War man nach dem 6. September 1953 sich noch so sehr seines Sieges sicher, daß man auf Biegen und Brechen kulturpolitische Fragen über Nacht zu lösen gedachte, so sind die Zeiten des Überschwangs längst einer gewissen Ratlosigkeit gewichen. Dies hat dazu geführt, daß jene Kreise sich in ihren Auslassungen einfach überschlagen haben; Haß macht blind, das haben diese unsachlichen Angriffe zur Genüge bewiesen.

Dieser Tage sah sich der Landesvorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, gezwungen, sich vor der Presse mit gewissen Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CSU, des Herrn Prälaten Meixner, auseinanderzusetzen. Meixner hatte mit Entrüstung die Behauptung von Knoeringens zurückgewiesen, daß die SPD in sozialpolitischen Fragen die Initiative ergriffen habe und in der Lehrerbildung die CSU nur den Drücke der SPD nachgeben mußte. Gewiß, in Jahre der Landtagswahl sind solche Feststellungen für die betreffende Partei nicht gerade angenehm. Daß sich Herr Meixner aber nicht geschemt hat, Herrn von Knoeringen der Unwahrheit und der Verdrehung von Tatsachen zu bezichtigen, ist schon ein starkes Stück und eines ersten Politikers unwürdig. Wie schlecht muß es um eine Partei stehen, deren maßgebliche Politiker zu solchen Mitteln greifen müssen. Knoeringen hat jene Behauptungen in der Pressekonferenz vom 25. Mai in München denn auch widerlegt und anhand der Landtagsprotokolle nachgewiesen, daß nicht die CSU, sondern die SPD die ersten Anträge zur Lehrerbildung stellte, und in vielen sozialpolitischen Fragen die CSU der Initiative der SPD erst nach langen Sträuben folgte. Knoeringen betonte freilich auch "welch ein Unterschied zu seinen Gegnern - er erkennē an, daß gewisse Kreise der CSU wohl sehr aufgeschlossen seien, daß sie sich aber allzu oft nicht durchsetzen konnten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau